



Kinderschutzbund SH fordert mehr politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen

KIEL Der Kinderschutzbund SH unterstützt den geplanten Änderungsantrag des SSW zum Jugendförderungsgesetz (JuFöG), dementsprechend Kinder- und Jugendbeiräte künftig ein Mitglied mit beratender Stimme in die Jugendhilfeausschüsse entsenden dürfen sollen¹. „Beteiligung von Kindern- und Jugendlichen in für sie relevanten Lebensbereichen zählt zu den elementaren Artikeln der UN-Kinderrechtskonvention. Aber erst durch die gesetzliche Verankerung erhält sie das nötige Gewicht und ist damit endgültig im öffentlichen Bewusstsein angekommen“, freut sich die Landesvorsitzende des DKSB SH Irene Johns über den Vorstoß im schleswig-holsteinischen Landtag. „Gerade, wenn es um Fragen der jugendlichen Lebenswelt geht, wie zum Beispiel bei der Kinder- und Jugendarbeit oder Ganztagsbetreuung in der Schule, sind Kinder- und Jugendliche Experten in eigener Sache. Da müssen sie selbstverständlich einbezogen werden, um ihre Bedürfnisse und Belange unmittelbar aktiv in die Jugendhilfeausschüsse einbringen zu können. Deshalb ist es so wichtig, die entsprechende gesetzliche Grundlage zu schaffen“, so Johns.

Die Kinder- und Jugendräte sind politische Gremien und bestehen aus gewählten Vertretern der Kinder und Jugendlichen der Kommune. Sie sollen die Position der Kinder und Jugendlichen zu sie betreffenden Entscheidungen der Verwaltung bzw. der politischen Verantwortlichen vertreten. „Dementsprechend ist es nur folgerichtig, wenn uns endlich auch gesetzlich die Möglichkeit gegeben wird, zumindest mit beratender Stimme im Jugendhilfeausschuss gehört zu werden“, begrüßt Pascal Knüppel, Mitglied des Jungen Rates, den Antrag des SSW und fügt hinzu: „Es ist erfreulich, dass es so schnell eine Initiative der Politik im Landtag gibt und das Gesetz geändert werden soll. Wir hoffen nun, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Jugendhilfeausschuss schnellstmöglich gesetzlich festgelegt wird!“.

Der Wunsch, die Arbeit der Kinder- und Jugendräte in die Arbeit der Jugendhilfeausschüsse einzubinden, wurde von den Jugendlichen selbst an die Politik herangetragen.

„Die politische Partizipation fördert in erheblichem Maße das Heranwachsen von Kindern und Jugendlichen zu selbstbestimmten und politisch interessierten Akteurinnen und Akteuren unserer Gesellschaft“, betont Irene Johns auch im Hinblick auf die Arbeit der Kinder- und Jugendräte. „Sie ist die Grundlage unserer Demokratie. Gerade in einer Zeit der zunehmenden Überalterung der Gesellschaft dürfen wir die junge Generation nicht abhängen, sondern müssen sie aktiv in politische Entscheidungsprozesse einbeziehen“, fordert die Landesvorsitzende des DKSB SH.

Der Kinderschutzbund Schleswig-Holstein ist die politisch unabhängige Lobby für Kinder. Er tritt für die Rechte und das Wohlergehen der Kinder ein. In Schleswig-Holstein engagieren sich im Kinderschutzbund über 3000 Mitglieder in 28 Orts- und Kreisverbänden.

Spendenkonto: Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Schleswig-Holstein e.V., Förde Sparkasse, IBAN: DE77 2105 0170 0092 0360 60, BIC: NOLADE21KIE

¹ Vgl. Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/1632, vom 15.08.2019